



# Aktuelle Informationen aus dem Parlament

## 88. NR-Sitzung – 19. September 2019, Beginn: 10.00 Uhr

Auf Verlangen des Klubs JETZT trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Dringliche Anfrage der Liste JETZT betreffend „Cyberangriff, Desinformationsangriff und weitere Affären“ an den Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz. Die Sitzung begann mit einer Gedenkminute für den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten und Sozialminister a.D. Rudolf Hundstorfer.

### TAGESORDNUNG

#### TOP 1: Wahl einer Ordnerin/eines Ordners

**TOP 2: Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 984/A der Abgeordneten August Wöginger, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Gebührengesetz 1957, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, das Elektrizitätsabgabegesetz, das Erdgasabgabegesetz, das Energieabgabenvergütungsgesetz, das Normverbrauchsabgabegesetz, die Bundesabgabenordnung, das Bundesfinanzgerichtsgesetz, das Amtshilfe-Durchführungsgesetz, das Alkoholsteuergesetz, das Tabaksteuergesetz 1995, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Tabakmonopolgesetz 1996, das Punzierungsgesetz 2000, das Wohnbauförderungsbeitragsgesetz 2018, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz 2017 geändert werden (Steuerreformgesetz 2020 – StRefG 2020) (687 d.B.)**

**Abstimmung:** Abänderungsantrag **abgelehnt**. Dafür: S, J, dagegen: V, F, N

Es ist der erste Teil der türkisblauen Steuerreform, betrifft im Wesentlichen niedrige und mittlere Einkommen durch den SV-Bonus und (kleine) Unternehmen durch Pauschalierungsregelungen und Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (für alle). - Negativ, dass überwiegend Maßnahmen für Unternehmen enthalten sind, weniger für DienstnehmerInnen. Es ist keine Strukturreform, bei der die Steuern für ArbeitnehmerInnen gesenkt und jene für Vermögen und Kapital erhöht werden – die ungerechte Verteilung des Steueraufkommens bleibt bestehen. - Positiv ist der SV-Bonus für untere Einkommen nach

dem SPÖ-Modell, negativ die zu späte Auszahlung an DienstnehmerInnen erst ab 2021. Selbständige und Bauern bekommen die korrespondierende Senkung der Krankenversicherungsbeiträge gleich ab 2020.

**TOP 3: Bericht und Antrag des Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz, das Impfschadengesetz, das Verbrechensopfergesetz, das Heimopferrentengesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden (Pensionsanpassungsgesetz 2020 – PAG 2020) (688 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlages.

Dafür: V, S, F, J, dagegen: N

**Beurteilung:** Es wird das Gesamtpensionseinkommen ermittelt, das heißt, alle gesetzlichen Pensionen werden für die Erhöhung zusammengerechnet. Sonderpensionen nach dem Sonderpensionenbegrenzungsgesetz (also ab der doppelten HBG = 10.440 Euro) werden ebenfalls in diese Anpassung einbezogen (Verfassungsbestimmung).

**TOP 4: Bericht und Antrag des Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss aufgrund der Abschaffung des Zugriffs auf Vermögen bei Unterbringung von Personen in stationären Pflegeeinrichtungen für die Jahre 2019 und 2020 erlassen wird (689 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlages

Dafür: V, F, dagegen: S, N, J

**Beurteilung:** Eine Regelung ist unbedingt erforderlich, da die Länder sonst für diese Kosten selbst aufkommen müssen. Der VP-Antrag ist jedoch völlig unbestimmt. Er bezieht sich auf die Endabrechnung 2018, die jedoch nicht vorliegt. Es gibt keine Regelung, wie die Abrechnung und Mittelzuweisung zu erfolgen hat und es wird kein Betrag genannt, der verteilt werden soll. Deshalb haben wir einen eigenen Antrag eingebracht, der jedoch keine Mehrheit fand.

**TOP 5: Bericht und Antrag des Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über ein Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG) geändert wird (690 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlages

Dafür: V, S, F, dagegen: N, J

**Inhalt:** Im Rahmen der ÖVP/FPÖ Organisationsreform der Sozialversicherung soll Vermögen der Betriebskrankenkassen in Privatstiftungen übertragen werden können. Mit der Novelle des Stiftungseingangssteuergesetzes wird dies steuerfrei geschehen können.

**TOP 6: Bericht und Antrag des Budgetausschusses über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Verkehr,**

**Innovation und Technologie genehmigt wird (691 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlages

Dafür: V, S, F, dagegen: N, J

**Inhalt:** Mit diesem Initiativantrag wird die Finanzierung der Verkehrsdienste-Verträge gesichert. Durch diese Verträge wird der öffentliche Verkehr im gesamten Bundesgebiet gewährleistet. Die SPÖ unterstützt den Ausbau von öffentlichen, klimaschonenden Verkehren.

**TOP 7: Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abschaffung von Sonderpensionsprivilegien (974/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 974/A\(E\)](#)

**Inhalt:** Eine Auflistung von Pensionszahlungen, die nicht in Relation zu bezahlten Beiträgen stehen, erscheint sinnvoll. Gesamtändernder AÄA in 2. Lesung. Inhalt: "Die Bundesregierung, wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Bericht über derzeit im staatlichen und halbstaatlichen Bereich bestehende Sonderpensionsprivilegien, also Pensionszahlungen, die nicht in angemessener Relation zu einbezahlten Beiträgen stehen, zuzuleiten."

**TOP 8: Antrag der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend gesetzliche Verankerung der Auszahlung des 13. und 14. Monatsgehalts (975/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 975/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Gesamtändernder AÄA in 2. Lesung: Inhalt: "Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz wird ersucht, dem Nationalrat ehestens eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit dem • Sonderzahlungen im Ausmaß eines zusätzlichen 13. und 14. vollen Monatsgehaltes, für all jene Bereiche, in denen solche nicht oder nicht mehr in einem Kollektivvertrag verankert sind, sichergestellt werden • eine Umgehung der Sonderzahlungen dadurch verhindert wird, dass wenn nicht Unentgeltlichkeit vereinbart wurde, jedenfalls gemäß § 1152 ABGB ein angemessenes Entgelt gebührt • die steuerliche Begünstigung des Jahressechstels zumindest im Ausmaß des derzeit bestehenden § 67 Abs. 1 und 2 EStG sowie der Entfall der Entrichtung des Wohnbauförderungsbeitrags und der Arbeiterkammerumlage von Urlaubs- und Weihnachtsgeld gesichert wird, • und ein weitgehender Gestaltungsspielraum der Kollektivvertragspartner hinsichtlich der Rahmenbedingungen der Auszahlung von Sonderzahlungen (wie etwa quartalsweise Auszahlung und Ähnliches) erhalten bleibt.

**TOP 9: Antrag der Abgeordneten Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufwertung der persönlichen Assistenz (508/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 508/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Persönliche Assistenz ist in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert. Diese wurde von Österreich 2008 ratifiziert. 2019 wird Österreich von der UNO überprüft, inwieweit die Konvention umgesetzt wurde. Österreich hat sich mit der Unterzeichnung der Konvention dazu verpflichtet, anzuerkennen, dass Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht werden muss. So sollen behinderte Personen frei entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an öffentlichen Angeboten muss auch behinderten Menschen möglich sein.

**TOP 10: Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 983/A der Abgeordneten Eva-Maria Himmelbauer, BSc, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Digitalsteuergesetz 2020 und das EU-Meldepflichtgesetz erlassen werden sowie das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Finanzstrafgesetz, die Bundesabgabenordnung, das Werbeabgabengesetz 2000, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das Finanzausgleichsgesetz 2017 und das EU-Amtshilfegesetz geändert werden (Abgabenänderungsgesetz 2020 – AbgÄG 2020) (686 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des veränderten Gesetzesvorschlages  
Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

**Beurteilung:** Digitalsteuer (digitalisierte Werbeabgabe) einige Betrugsbekämpfungsmaßnahmen, UStGEU-Meldepflichtgesetz (RL-Umsetzung) zur Meldung von Steuervermeidungsmodellen an die Finanzverwaltung.

**TOP 11: Antrag der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (941/A)**

**Abstimmung:** [siehe LINK 941/A](#)

**Beurteilung:** Die Aktion 20.000 ist am 30. Juni 2019 ausgelaufen, die Ergebnisse der Evaluierungen liegen noch nicht vor. Arbeitgeber, die über den Förderzeitraum hinaus die älteren MitarbeiterInnen beschäftigen, sollen eine Förderung erhalten. Diese ist mit der Höhe des Aufwandes, der der Arbeitslosenversicherung bei Arbeitslosigkeit einer älteren Person entsteht (ALG/NH plus SV – Beiträge), begrenzt.

**TOP 12: Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 985/A der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Schaffung eines Amtes für Betrugsbekämpfung und das Bundesgesetz über die personellen Maßnahmen aufgrund der Modernisierung der Steuer- und Zollverwaltung sowie das Produktpirateriegesetz 2020 erlassen werden, das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 aufgehoben wird und die Bundesabgabenordnung, die Abgabenexekutionsordnung, das Abfallwirtschaftsgesetz 2002, das Alkoholsteuergesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Altlastensanierungsgesetz, das Amtshilfe-Durchführungsgesetz, das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, das Artenhandelsgesetz 2009, das Arzneimittelgesetz, das ASOR-Durchführungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das**

**Außenwirtschaftsgesetz 2011, das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Bewertungsgesetz 1955, das Biersteuergesetz 1995, das Biozidproduktegesetz, das Bodenschätzungsgesetz 1970, das Bundesfinanzgerichtsgesetz, das Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz 2015, das Chemikaliengesetz 1996, das Einkommensteuergesetz 1988, das Erdölbevorratungsgesetz 2012, das EU-Polizeikooperationsgesetz, das EU-Vollstreckungsamtshilfegesetz, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Fernsprechentgeltzuschussgesetz, das Feuerschutzsteuergesetz 1952, das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Finanzstrafgesetz, das Finanzstrafzusammenarbeitsgesetz, das Firmenbuchgesetz, das Flugabgabengesetz, das Gebührengesetz 1957, das Gefahrgutbeförderungsgesetz, das Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz, das Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz, das Glücksspielgesetz, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, das Grundsteuergesetz 1955, das Güterbeförderungsgesetz 1995, das Handelsstatistische Gesetz 1995, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, das Kapitalabfluss-Meldegesezt, das Kommunalsteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Kraftfahrgesetz 1967, das Kriegsmaterialgesetz, das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz, das Marktordnungsgesetz 2007, das Meldegesezt 1991, das Mineralölsteuergesetz 1995, das Mineralrohstoffgesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Normverbrauchsabgabengesetz, das Privatstiftungsgesetz, das Bundesgesetz über Produkte, deren Ein- und Ausfuhr sowie Inverkehrbringen aus Tierschutzgründen verboten ist, das Bundesgesetz über die Prüfung lohnabhängiger Abgaben und Beiträge, das Punzierungsgesetz 2000, das Saatgutgesetz 1997, das Schaumweinsteuergesetz 1995, das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz, das Stabilitätsabgabengesetz, das Stadterneuerungsgesetz, das Stiftungseingangssteuergesetz, das Tabakmonopolgesetz 1996, das Tabaksteuergesetz, das Tierseuchengesetz, das Transparenzdatenbankgesetz 2012, das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984, das Umgründungssteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, das Vermarktungsnormengesetz, das Verrechnungspreisdokumentationsgesetz, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, das Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz, das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017, das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und das Zollrechts-Durchführungsgesetz geändert werden (Finanz-Organisationsreformg. – FORG) (692 d.B.)**

**Abstimmung:** Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlages  
Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

**Beurteilung:** Komplette Umorganisation der Finanzverwaltung auf das „Finanzamt Österreich“  
Kritik: ist genügend Personal vorhanden, Befürchtung Bürgernahe Finanzverwaltung geht verloren; Organisation nur durch VO d. BMF und nicht wie bisher durch Gesetz.

**TOP 13: Antrag der Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) (973/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 973/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Der Antrag von der FPÖ verbindet mit der finanziellen Absicherung eine neue Vereinsstruktur. Zudem wird nur gefordert, dass bis zum 30. September 2019 ein Bericht vorgelegt wird. Beide Anträge wurden mehrheitlich angenommen. Vorgangsweise: Es herrscht Übereinstimmung zwischen FPÖ und SPÖ, dass die Finanzierung des VKIs abgesichert werden muss. Auf Grund der Kürze der Legislaturperiode, wird daher im Zuge der Debatte ein weiterer Entschließungsantrag mit dem ausformulierten Gesetzestext eingebracht und abgestimmt. Die ÖVP stimmt dem fristgesetzten Antrag zu.

**TOP 14: Antrag der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Philip Kucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen in Blutspendeeinrichtungen (Blutsicherheitsgesetz 1999 – BSG 1999), BGBl. I Nr. 44/1999 geändert wird (927/A)**

**Abstimmung:** [siehe LINK 927/A](#)

**Beurteilung:** Diese Maßnahme stellt eine ausreichende Verfügbarkeit von Blutkonserven sicher und entspricht auch einer in der Blutkommission besprochenen und festgelegten Empfehlung.

**TOP 15: Antrag der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr Kontrollen von Lebetiertransporten am Transportweg zur Verhinderung unnötigen Tierleids (566/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 566/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Die für den Tierschutz zuständige Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz hat jährlich einen Kontrollplan für Tiertransportkontrollen zu erstellen. Auf Basis einer Risikobewertung werden in diesem den einzelnen Bundesländern die Mindestanzahlen von durchzuführenden Tiertransportkontrollen vorgegeben. Die Durchführung der Kontrollen liegt in der Zuständigkeit der Landeshauptleute.

**→ siehe Bereich REDE**

**TOP 16: Antrag der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Entzug der Zulassung von Transportunternehmen für Tiertransporte (814/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 814/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Der Lizenzentzug für Tiertransportunternehmen, die als "schwarze Schafe" Tierleid verursachen, ist eine wichtige Initiative für mehr Tierwohl im Nutztierbereich.

**TOP 17: Antrag der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Tiertransporte-Reduktionsplan (763/A(E))**

**Abstimmung: [siehe LINK 763/A\(E\)](#)**

**Beurteilung:** Nach Medienberichten, die wiederholt die unlauteren Praktiken bei Kälbertransporten, die vor allem aus Vorarlberg und Salzburg starteten, aufzeigten, wurde das Land Vorarlberg endlich aktiv und erklärte, die veterinärbehördliche Abfertigung von Tieren nur vorzunehmen, wenn in den Transportpapieren der endgültige Bestimmungsort in Italien angegeben ist und dass die EU-Tiertransportbestimmungen europaweit gleich praktiziert werden müssen. Um eine Reduktion von Tiertransporten zu erreichen, wurde eine Task Force eingerichtet. Regionale Vermarktung, Alternativen in der Produktion und Vermarktung der Tiere und ihres Fleisches, bessere und vermehrte Kontrollen von Tiertransporten auf der Straße, konsequente Beobachtung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, vor allem auch der Bestimmungen, wie Tiere am Transportweg möglichst schonend behandelt werden, und schlussendlich volle Transparenz bei Tiertransporten zählen zu wichtigen Schritten zum Wohle der Tiere, aber auch der Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten.

**TOP 18: Antrag der Abgeordneten Ing. Maurice Androsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend eine Kastrationspflicht für alle Katzen, die mit freiem Zugang zur Natur gehalten werden ("Freigängerkatzen") (986/A(E))**

**Abstimmung: [siehe LINK 986/A\(E\)](#)**

**Beurteilung:** Die besonders rasante unkontrollierte Vermehrung von Katzen, die so gehalten werden, dass sie einen Zugang zur Natur haben, bringt enormes Tierleid, weil viele Katzen dann sogenannte „Wildkatzen“ werden, die sich „durchschlagen“ müssen. Dies befördert Krankheiten, was wiederum Tierleid bedeutet.

**TOP 19: Antrag der Abgeordneten Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhandlungen Österreichs über ein internationales Zusammenwirken zum Erhalt der Regenwälder durch Ausgleichszahlungen an die Grundeigentümer (932/A(E))**

**Abstimmung: [siehe LINK 932/A\(E\)](#)**

**Beurteilung:** Auch wenn das Instrument pachtähnlicher Ausgleichszahlungen womöglich nicht ideal ist, ist jedenfalls das Grundanliegen, nämlich international organisierte, finanzielle Unterstützung beim Erhalt der verbliebenen Regenwälder, positiv zu sehen.

**TOP 20: Antrag der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (Staatsbürgerschaftsrechtsänderungsgesetz 2018) (536/A)**

**Abstimmung: [siehe LINK 536/A](#)**

**Inhalt:** Die besondere Situation der Nachkommen von Vertriebenen durch das Dritte Reich und die Organe der NSDAP wurde bisher im österreichischen Staatsbürgerschaftsrecht nicht ausreichend berücksichtigt. Aus Anlass des Novemberprogoms vor 80 Jahren ist dieser

Zeitpunkt geeigneter Anlass alle Vertriebenen und ihre Nachkommen "nach Hause zu holen". Die gesetzliche Privilegierung für Nachkommen soll mit der Dritten der eigentlich vertriebenen Person nachfolgenden Generation erlöschen (Urenkelinnen).

**TOP 21: Staatsbürgerschaft für Nachkommen von Vertriebenen des Nationalsozialismus (969/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 969/A\(E\)](#)

**Inhalt:** Der Innenminister möge einen Gesetzesvorschlag vorlegen, der auch den Nachkommen von Vertriebenen des Nationalsozialismus den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft unter Beibehaltung ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit ermöglicht.

**TOP 22: Antrag der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (952/A)**

**Abstimmung:** [siehe LINK 952/A](#)

**Inhalt:** Ermöglicht Doppelstaatsbürgerschaften auch für Nachkommen von Personen, die sich in das Ausland begeben haben, weil sie Verfolgungen durch Organe der NSDAP oder der Behörden des Dritten Reichs erlitten hatten.

**TOP 23: Antrag der Abgeordneten Carmen Schimanek, Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, Kolleginnen und Kollegen betreffend mehr finanzielle Mittel um Gewalt an Frauen zu verhindern (988/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 988/A\(E\)](#)

**Inhalt:** Die SPÖ forderte in der letzten GP aufgrund der chronischen Unterdotierung des Frauenbudgets eine Erhöhung um 5 Mio. Euro. Trotz der unbestimmten Formulierung des vorliegenden Antrags ist die darin enthaltene Forderung nach einer Budgeterhöhung zu unterstützen.

**TOP 24: Antrag der Abgeordneten Dr. Irmgard Griss, Kolleginnen und Kollegen betreffend Österreichische Korruptionsstatistik (821/A(E))**

**Abstimmung:** [siehe LINK 821/A\(E\)](#)

**Beurteilung:** Die Annahme des Antrages würde relativ viel Arbeit für das Justizressort bedeuten, es ist die Zielsetzung aber grundsätzlich positiv zu beurteilen. Auch weil in der Entschließung angesprochen ist, dass unter dem Aspekt der wirksamen Korruptionsprävention den Abgeordneten systematische Erkenntnisse präsentiert werden, auf deren Basis zielgerichtete und effektive Maßnahmen gegen Korruption getroffen werden können. Die Botschaft, die mit dem Antrag ausgesandt wird, ist, dass für die Korruptionsbekämpfung bestmögliches Datenmaterial von Vorteil ist.



**TOP 25: Antrag der Abgeordneten Dr. Johannes Jarolim, Dr. Irmgard Griss, Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Zahl, den Wirkungsbereich und die Einrichtung der Bundesministerien (Bundesministeriengesetz 1986 – BMG) geändert wird (968/A)**

**Abstimmung:** [siehe LINK 968/A](#)

**Beurteilung:** Der Antrag wurde von SPÖ, NEOS und JETZT gemeinsam eingebracht und ist positiv zu beurteilen. Die jetzige organisatorische Situation mit den zusammengelegten Strafrechtsmaterien hat sich nicht bewährt. Durch die Änderung soll wieder eine möglichst hohe Unabhängigkeit jener Organisationseinheit sichergestellt werden, die für die Angelegenheiten der staatsanwaltschaftlichen Behörden in Einzelstrafsachen zuständig ist.

**TOP 26: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Linz, GZ. 19 St 67/19y, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Pilz (693 d.B.)**

**Abstimmung:** Feststellung des politischen Zusammenhangs. Dafür: V, F, N, dagegen: S, J

**TOP 27: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Staatsanwaltschaft Linz, GZ. 21 St 94/19h, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Efgani Dönmez, PMM (694 d.B.)**

**Abstimmung:** Feststellung kein politischer Zusammenhang. Dafür: V, S, F, N, J, dagegen: -

---

## REDE

**TOP 15-18 mehr Kontrollen von Lebewandtransporten am Transportweg zur Verhinderung unnötigen Tierleids**

**MEDIATHEK:** [REDE Erwin PREINER](#)

**Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Ministerinnen! Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher zu Hause vor den Fernsehapparaten! Ich möchte meine Ausführungen mit einem kurzen Zitat beginnen: „Auf den Straßen der EU sind jährlich rund 360 Millionen Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen, dazu über eine Milliarde Stück Geflügel im Zuge von fast 400.000 Tiertransporten unterwegs.“ Österreich hat den aktuellsten Daten zufolge etwa 18 Millionen Tiere importiert und 7,8 Millionen exportiert, wobei fast 14 Millionen der eingeführten Tiere zur Schlachtung bestimmtes Geflügel sind. Das heißt, auch diese bekommen in Österreich das AMA-Gütesiegel. Es stellt sich die Frage: Werden unsere Standards, die Standards der EU, aber auch die nationalen Standards, außerhalb des EU-

Raums auch entsprechend eingehalten? Wir haben vorhin einiges an Fotomaterialien gesehen, und davon ableitend würde ich sagen: absolut nicht! Kolleginnen und Kollegen! Artgerechte Tiertransporte - das ist meiner Meinung nach ein Widerspruch in sich. Verstöße gegen die Tiertransport-Richtlinie werden kaum geahndet, das haben entsprechende Anfragen an die zuständigen Ministerien bereits gezeigt. Es ist daher unbedingt notwendig, dass ein Tiertransport-Reduktionsplan erstellt wird, ein Gesetz für weniger Tiertransporte auf nationaler Ebene, natürlich auch in Abstimmung mit der entsprechenden Behördenstelle der EU, auf Schiene gebracht wird, denn viele Tiertransporte innerhalb der Europäischen Union, die kreuz und quer durch Europa gekarrt werden, werden nur aus dem einfachen Grund durchgeführt, um noch höhere Profite zu bekommen. Das lehnen wir ab! Es geht auch anders!

Kolleginnen und Kollegen! Verstöße gegen das Tierwohl bringen natürlich mehr Tierleid mit sich. Wie sehen die Alternativen aus? Ich denke, Alternativen gibt es zuhauf, denn in Österreich wird von den Landwirten, von den bäuerlichen Familienbetrieben sehr gute Arbeit geleistet, wenn es um Züchtungen, wenn es um die Haltung von Kälbern, von Schweinen geht. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Landwirten für ihre wertvolle Arbeit.

Wir müssen den Fokus aber auch auf die Europäische Union legen. Leider ist jetzt Frau Kollegin Köstinger nicht hier, die es in der Vergangenheit verabsäumt hat, sich im Zuge der noch laufenden GAP-Periode dafür einzusetzen, dass Fördergelder verstärkt für mehr Regionalität, für mehr Direktvermarktung, aber auch für mehr Biolandwirtschaft, auch im Bereich der Tierhaltung, der Fleischproduktion eingesetzt werden. Das ist etwas, wovon auch die bäuerlichen Familienbetriebe etwas haben. Das ist sehr wesentlich, um mit dem Einkommen auch das Auskommen zu haben. Wir müssen für die Zukunft auch danach trachten - die GAP-Verhandlungen für die neue Finanzperiode der EU 2021bis 2027 haben bereits begonnen -, dass wir den Fokus vorrangig in diese Richtung legen. Ich bedanke mich auch beim EU-Unterausschuss dafür, dass er den Beschluss gefasst hat, dass die österreichischen Vertreter auf EU-Ebene dem Mercosur-Abkommen nicht zustimmen dürfen. Hier geht es letzten Endes auch darum, dass durch zusätzliche Tierimporte aus den Mercosur-Staaten nach Österreich, in die EU auch wieder mehr CO2 produziert wird. Das lehnen wir ab, und das ist auch eine nachhaltige Maßnahme zur CO2-Reduktion, auch eine nachhaltige Maßnahme, Kolleginnen und Kollegen, für mehr Klimaschutz, für mehr Umweltschutz. (Beifall bei der SPÖ.) Damit vor allem der Umweltschutz in Zukunft nachhaltiger und besser funktioniert als in den vergangenen Jahren, fordere ich für die zukünftige Legislaturperiode ein eigenes Umweltministerium. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

## **PRESSE**

### **OTS**

#### **Preiner: Leben und Arbeiten im ländlichen Raum gewährleisten**

Maßnahmen für genügend ÄrztInnen, gute Kinderbetreuung, beste Pflege und mehr öffentlichen Nahverkehr

**12.09.2019**

#### **Preiner fordert faire Preise für Trauben und Wein**

„Ich appelliere mit Nachdruck an den Handel, faire Preise zu bezahlen und den inländischen Trauben und Wein im Gebinde deutlich den Vorzug vor Importen zu geben“, fordert SPÖ-Agrarsprecher Erwin Preiner.

**09.09.2019**

#### **SPÖ-Preiner zieht Bilanz nach Gespräch mit Landwirtschaftsministerin Patek**

Ablehnung des Mercosur-Abkommens und Forderungen zu GAP 2020

**22.08.2019**

#### **Preiner: Mercosur-Abkommen und Einfuhr von US-Rindfleisch in die EU bedrohen Österreichs Landwirtschaft**

„Wem das Mercosur-Abkommen schadet, ist klar: dem Klima und den Bauern und KonsumentInnen in Österreich“, so SPÖ-Landwirtschaftssprecher Erwin Preiner am Mittwoch gegenüber dem SPÖ-Pressedienst.

**14.08.2019**

#### **Preiner: „Nein zum Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten“**

Die SPÖ ist und war nie grundsätzlich gegen Freihandel.

**11.07.2019**

---

## **Presseaussendungen**

18.9.2019

### **SP-NR Preiner: VP-Winzer beklagen sich selbst!**

## Was hindert den VP-Bauernbund daran, sich für seine Mitglieder einzusetzen?

„Niedrige Traubenpreise, nicht einmal kostendeckend“, „beschämend vom Weinhandel, so geringe Traubenpreise zu bezahlen“ – sogar von „Erpressung der Traubenlieferanten“ spricht Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld gegenüber dem ORF.

Richtig: 30 Cent pro Kilogramm Trauben sind nicht annähernd kostendeckend – ein Almosen für die Produzenten!

„Da drängt sich schon die Frage auf, ob der VP-Bauernbund überhaupt für seine Mitglieder tätig ist? Der Handel verdient sich eine goldene Nase, die Preise für Trauben und Wein im Gebinde zwingen kleine bäuerliche Betriebe und Nebenerwerbslandwirte immer mehr zum Aufgeben. Ist das die Strategie des ÖVP-Bauernbundes tatenlos zusehen und die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe aushungern zu lassen, damit sie ihre Flächen verkaufen oder verpachten und nur noch einige wenige Großbetriebe den Weinsektor bestimmen?“ – berechnete Fragen des SP-Agrarsprechers im Nationalrat, Erwin PREINER.

Ein wichtiger Schritt wäre es, seitens der ÖVP endlich die Blockade aufzugeben und Winzerbetrieben, die Trauben verkaufen, die AMA-Marketingbeiträge für diese Weinanbauflächen zu erlassen und sie den Landwirten im Getreidebau gleichzustellen.

„Gehen wir gleich einen Schritt weiter zu den Klein- und Kleinstbetrieben im Bereich Wald und Forst. Warum bekommen die Wald- und Forstbetriebe mit einer Waldfläche von bis zu 0,5 ha keine entsprechenden EU-Fördermittel? Wird seitens der ÖVP darauf vergessen, dass diese Betriebe einen wesentlichen Beitrag zu Pflege, Erhalt und Aufforstung unserer Wälder leisten? Borkenkäfer und Klimawandel machen vor keinem Baum Halt“, so PREINER.

Im Rahmen der laufenden Verhandlungen auf EU-Ebene über die zukünftige GAP und den EU-Finanzrahmen 2021-2027 stehen hier ÖVP und VP-Bauernbund in der Pflicht sich für ALLE Landwirte einzusetzen, nicht nur für die türkische Agrarkonzern-Klientel.

„So zu tun, als ob man sich für KMUs einsetzen würde, ist lediglich heiße Luft“, zeigt sich PREINER verärgert.

Abschließend spricht der SP-Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum noch ein weiteres Thema an: den nationalen Grünen Bericht.

Buchführende Betriebe nehmen freiwillig daran teil und stellen ihre Betriebsunterlagen zur Verfügung, meist größere Betriebe. Kleine bäuerliche Betriebe und Nebenerwerbslandwirte sind daher unterrepräsentiert. Die Betriebe bekommen für ihr „Mitwirken“ auch eine Belohnung in Form einer Prämie bezahlt.

„Diese Vorgehensweise wird vom EU-RH kritisiert. Der Grüne Bericht in seiner vorliegenden Form ist international nicht mit anderen Grünen Berichten vergleichbar. Zum wiederholten Male fordere ich hier ein, dass Österreichs kleinstrukturierte Landwirtschaft im nationalen Grünen Bericht gemäß ihres Stellenwertes Einzug finden muss,“ fordert der SP-Mandatar.

12.9.2019

**SP-NR PREINER: Leben und Arbeiten im ländlichen Raum gewährleisten****Maßnahmen für genügend ÄrztInnen, gute Kinderbetreuung, beste Pflege und mehr öffentlichen Nahverkehr**

„Politik für den ländlichen Raum ist mehr als nur Politik für die Landwirtschaft. Wir brauchen eine Stärkung des gesamten ländlichen Raumes u.a. durch Ausbau der sozialen Dienste, Kindergärten, Pflege, Arbeitsplätze, Breitband, Infrastruktur und vieles mehr. Das Burgenland geht hier bereits den richtigen Weg: Bedürfnisse erkennen, Potenziale nutzen, Lösungen finden. Das Burgenland wird ab November den Kindergartenbesuch samt Mittagessen für alle Kinder kostenfrei anbieten, denn jedes Kind ist gleich viel wert. Allerdings ist hier der Bund gefordert, mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Gemeinden und Eltern entsprechend zu entlasten“, so SPÖ-Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum im Nationalrat Erwin PREINER.

Aktuelle Zahlen zur demographischen Entwicklung zeigen einen klaren Trend: Österreichs Städte wachsen weiter, während ländliche Regionen immer mehr ausdünnen. Für die SPÖ ist klar: Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

Die Bundes-SPÖ legt hier ein umfassendes Paket zur Stärkung des ländlichen Raums vor. Zentrale Maßnahmen sind die Sicherstellung einer hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Ausbau der Kindergärten und Ganztagschulen. Die Menschen im ländlichen Raum müssen die gleichen guten Chancen vorfinden wie die Menschen in den Städten. Dazu gehören genügend ÄrztInnen, eine gute Kinderbetreuung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs für günstige und klimafreundliche Mobilität am Land.

„Menschen erwarten sich ebenso gesunde Lebensmittel aus naturnaher Produktion zu leistbaren Preisen, produziert im ländlichen Bereich rund um die Großstädte. Wer Bio-Produkte und Lebensmittel aus der Region konsumiert, leistet auch einen wichtigen Beitrag zur notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktion durch kurze Wege von Produzenten zu Konsumenten. Auch hier geht das Burgenland mit der BLOWENDE als Musterbeispiel voran. Förderung der Bio-Flächen und -betriebe, vor allem bei Spezialkulturen, Obst und Gemüse. Die bäuerlichen Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirte müssen mit dem Einkommen das Auskommen haben. Um die Kleinbauern, bäuerliche Familienbetriebe und die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich zu unterstützen müssen wir diese Berufsgruppen zusätzlich fördern. Landwirte bis zu einer Betriebsgröße von 20 Hektar sollen eine jährliche Förderung von 100 Euro pro Hektar zusätzlich erhalten. Von dieser Maßnahme würden in Österreich mehr als 50 Prozent der Betriebe profitieren“, so PREINER.

5.9.2019

**SP-NR Preiner: Weinlese 2019 – Preise für Trauben und Wein im Gebinde neuerlich im Keller!**

SPÖ-Agrarsprecher fordert faire Preise für die hohe Qualität unserer Trauben – jährlich sinkende Preise auf dem Traubenmarkt bestrafen jene, die die Basis für Qualität legen.

Das Weinjahr 2019 bringt wieder hohe Qualität. Das wird zugleich aber wieder ein Bumerang für manche Winzerbetriebe. „Traubenpreise von 0,30 Euro pro Kilogramm sind ein Preisniveau, das die Kosten für die Produktion nicht annähernd decken kann. Der Handel verdient sich eine goldene Nase, die Preise für Trauben und Wein im Gebinde (0,25-0,30 EUR /Liter) zwingen kleine bäuerliche Betriebe und Nebenerwerbslandwirte immer mehr zum Aufgeben. Ist das die Strategie des ÖVP-Bauernbundes? Tatenlos zusehen und die bäuerlichen Betriebe aushungern, damit sie ihre Flächen verkaufen oder verpachten und nur noch einige wenige Großbetriebe den Weinsektor bestimmen?“, so SPÖ-Agrarsprecher Erwin Preiner anlässlich der heurigen Weinlese.

„Dass gerade kleine Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirte oftmals die Basis für hohe Qualität schaffen, mit Dumpingpreisen abgespeist und für ihre wertvolle und kostenintensive Arbeit bestraft werden und auch noch AMA-Marketingbeiträge leisten müssen, kann und darf nicht sein“, so Preiner. Die traubenverkaufenden Betriebe sind die Schwächsten und die Verlierer im Glied der Winzerbetriebe. Wer seine Trauben selbst verarbeitet, Wein in Flaschen füllt und auch selbst vermarktet oder einen Heurigen betreibt, ist wesentlich bessergestellt. „Ich appelliere mit Nachdruck an den Handel, faire Preise zu bezahlen und den inländischen Trauben und Wein im Gebinde deutlich den Vorzug vor Importen zu geben!“, fordert der SPÖ-Abgeordnete.

„Weiters fordere ich den ÖVP-Bauernbund auf, sich endlich auch für Nebenerwerbslandwirte und traubenverkaufende Betriebe einzusetzen“, so Preiner und abschließend: „Alle Landwirte tragen nicht zuletzt durch ihre Bewirtschaftung zum Erhalt der einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft in Österreich bei“, so Preiner.

Der SPÖ-Agrarsprecher im Nationalrat fordert darüber hinaus die ÖVP und ihren Bauernbund auf, endlich die Blockade aufzugeben und Winzerbetrieben, die Trauben verkaufen, die AMA-Marketingbeiträge für ihre Weinbauflächen zu erlassen.

28.8.2019

**SP-NR PREINER: Nervengift Chlorpyrifos vor dem europaweiten Verbot?**

Mit dem nationalen Verbot von Glyphosat ab Jänner 2020 hat Österreich eine Vorreiterrolle EU- und weltweit eingenommen. Nun überlegt die EU-Kommission die Zulassung des Nervengiftes Chlorpyrifos, eingesetzt als Organophosphat-Insektizid, das seit 2009 bereits in Deutschland in keinem Präparat mehr vertrieben werden darf, nicht mehr zu verlängern.

Aktuellen Medienberichten ist zu entnehmen, dass die EU-Kommission „wegen Gesundheitsbedenken vorschlägt, die im Jänner 2020 auslaufende Zulassung für die Stoffe Chlorpyrifos und Chlorpyrifos-Methyl nicht zu verlängern“.

„2012 wurde eine amerikanische Studie bekannt, die aufzeigte, dass dieses Mittel in die Entwicklung von Ungeborenen eingreift und dabei wichtige Bereiche der Großhirnrinde schrumpfen können, was auf später eingeschränkte geistige Leistungen der Kinder schließen lässt. Müssen wir mehr wissen, um zu handeln? Ich begrüße diese Überlegung der EU-Kommission nicht nur, ich fordere sie mit Nachdruck ein“, so SP-Agrarsprecher im Parlament Erwin PREINER.

Nicht nur der Mensch, auch Bienen, andere Insekten und Vögel leiden unter den Einwirkungen von Pflanzengiften massiv. „Der Zusammenhang der Existenz von Bestäubern mit der Versorgung des Menschen mit Nahrungsmitteln ist klar und muss uns allen ein Anliegen sein, damit auch nachfolgende Generationen eine intakte Umwelt vorfinden und die Versorgung mit ausreichenden und gesunden Lebensmitteln nicht in Frage gestellt ist“, so PREINER.

14.8.2019

### **SP-NR PREINER: Mercosur-Abkommen und Einfuhr von US-Rindfleisch in die EU bedrohen Österreichs Landwirtschaft**

Teile des Einfuhrkontingents von Rindfleisch nach Europa werden künftig fest für USA reserviert. US-Präsident Donald Trump freut dieser – mit Zolldrohungen erwirkte – Deal.

„Wem dieser Deal schadet, ist klar: dem Klima. Egal, ob Fleisch aus den USA oder Südamerika, wo Regenwälder abgeholzt werden“, so SP-NR und Agrarsprecher im Parlament, Erwin PREINER.

Unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft in Österreich, die bäuerlichen Familienbetriebe, die Bio-Betriebe geraten durch das Gammelfleisch südamerikanischer Rinder- und Geflügelfabriken und den Import von GV-Soja unter Existenzdruck. Dazu noch Tonnen von Fleisch aus den USA.

Genau betrachtet unterstützt die EU-Kommission mit Abschluss des Handelsabkommens Mercosur direkt den brasilianischen Präsidenten Bolsonaro, der den Regenwald nicht mehr schützen will, Umweltagenturen schließen möchte und als Freund der Holz-Industrie gilt. Präsident Trump hat seinen Deal mit der EU „erzwungen“ und kennt Begriffe wie „gentechnik-freies Futter“ gar nicht.

„Solche Handelspartner kommen für Österreich nicht in Frage. Lebensmittelproduktion auf gigantischen Monokulturen. Dafür werden Regenwälder gerodet und massenhaft Pestizide wie Glyphosat eingesetzt“, betont PREINER.

PREINER warnt auch vor den Auswirkungen auf das Klima. „In Zeiten der Klimakrise ist es unverantwortlich, 100.000 Tonnen Gammelfleisch über zehntausende Kilometer zu verschiffen.

„Die EU-Kommission unterstützt diese Politik, die ÖVP und der Bauernbund tragen diese Politik nicht nur mit, sie fördern sie auch noch. Das Anheben der Mehrwertsteuer auf Fleisch, wie manche fordern, ist aus meiner Sicht der falsche Weg und belastet nur das Haushaltsbudget vor allem der kleineren Einkommen. Ich fordere den VP-Bauernbund auf, ehrliche Agrarpolitik zu betreiben. Für die österreichischen Landwirte und die Konsumenten, die auf hohe Qualität und giftfreie Lebensmittel vertrauen!“, so PREINER.

---

**FACEBOOK:** <https://www.facebook.com/preinererwin/>  
<https://www.facebook.com/erwin.preiner>